

Handelskammer analysiert das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Sekundarstufe

## Ineffizient und teuer

BERICHT

Seite 12

Wenn die Schüler der Sekundarstufe den Staat durchschnittlich 14.118 Euro jährlich pro Kopf kosten, aber dennoch eine hohe Durchfallquote, eine mangelnde Inklusion von ausländischen Schülern und ein bestenfalls mittelmäßiges Abschneiden bei PISA-Tests vorherrschen, dann muss man von einer deutlichen Ineffizienz sprechen. Dieses Fazit zieht die Handelskammer bezüglich der Sekundarstufe in Luxemburg. (Foto: Tageblatt-Archiv/Didier Sylvestre)

## LEITARTIKEL



### Gelenkte Demokratie

Lucien Montebusco  
lmontebusco@tageblatt.lu

Regelmäßig trifft sich eine Herren- und Damenrunde in einem der Konferenzsäle des Parlaments, um über die Befindlichkeiten des Volkes zu diskutieren. Anlass sind die neuen Anträge der Bürger für eine neue Bittschrift. Die soll auf die Webseite des Parlaments kommen, damit Gleichgesinnte sie online unterschreiben können.

Die meisten Anträge winkt der Petitionsausschuss durch. Exotisches lässt man beiseite, so geschehen am vergangenen Dienstag beim Petitionsantrag zur Einführung der Vielweiberei für moslemische Großverdiener. Obwohl der Autor wohl auf seine ironische Art zur Entwicklung des Finanzplatzes beitragen wollte. Die High-net-worth individuals aus dem Nahen und Mittleren Osten sollen sich in Luxemburg wohlfühlen, schließlich will das Land zu einem Exzellenzzentrum für islamische Finanz werden.

Der Schritt zur Online-Demokratie im Parlament im April war längst überfällig. Nachdem Abgeordnete und Minister seit Langem schon ungeniert vor laufender Kamera am Smartphone rumfummelten zwecks Verschieben von E-Mails oder um Followers und Freunde auf Twitter bzw. Facebook zu beglücken, war die Entscheidung des Parlaments, den Gang in die Demokratie zu wagen, nur eine Frage der Zeit. Denn in der Zwischenzeit sind die sozialen Netzwerke längst zum neuen bevorzugten Kanal politischer Kommunikation geworden. Erst vergangene Woche gab ein sozialistischer Minister seine Ansichten zur geplanten Abschaffung der Erziehungs- und Mutterschaftszulage über Twitter bekannt. Und eine Gewerkschaft informierte Militanten und Presse via Facebook-Seite über ihre weiteren Schritte im Cargolux-Dossier.

### Soziales Netzwerk

Mit ihrer Chamber-Petitionsseite bauten die Volksvertreter das Surrogat eines sozialen Netzwerks auf. Wie auf FB und Twitter können Texte nicht nur gepostet, sondern auch kommentiert werden. Doch anders als im Original bewacht beim Parlaments-Facebook eine Zwischeninstanz, der Petitionsausschuss, den Zugang. Der befindet

darüber, ob ein Beitrag gepostet werden darf oder nicht.

Gemeinsam mit dem richtigen sozialen Netzwerk hat der Petitionskanal des Parlaments wiederum, dass weder die empörten Kommentare auf FB noch die virtuellen Unterschriften in der Regel etwas bewirken. Auch wenn 4.500 Personen online unterschreiben und Abgeordnete und Fachminister die Petitionäre treffen müssen, mehr als Geplauder ist nicht. Das war u.a. der Fall gleich bei der ersten Petition überhaupt, die locker die 4.500-Marke genommen hatte, jene über die Studienbörsen.

Also alles doch nur halbe Demokratie. Zumal Fragen willkürlich von der Debatte ausgeschlossen werden, sei es, weil sie einfach nicht passen oder nicht ernst genommen werden, zugespielt am Beispiel der Polygamie-Petition illustriert, sicherlich eine nicht alltägliche Frage im katholischen und monogamen Luxemburg. Doch mit seiner rezenten Entscheidung gab der Petitionsausschuss auch unmissverständlich zu verstehen, dass man dem Bürger derlei Fragestellung nicht zutrauen kann. Womit der Bürger quasi entmündigt wurde.

Ähnliches ließe sich zu dem geplanten Vierfach-Referendum im kommenden Jahr sagen. Zwar werden sich die Bürger äußern dürfen, bloß verbindlich wird ihr Urteil nicht sein. Wie bei den Petitionen hat die Volksbefragung lediglich beratenden Charakter. Demokratie geht anders. Die Schweiz lässt grüßen.

Handelskammer analysiert das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Sekundarstufe

# Den hohen Ansprüchen nicht gewachsen

Damien Valvasori

Wenn die Schüler der Sekundarstufe den Staat durchschnittlich 14.118 Euro jährlich pro Kopf kosten, aber dennoch eine hohe Durchfallquote, eine mangelnde Inklusion von ausländischen Schülern und ein bestenfalls mittelmäßiges Abschneiden bei PISA-Tests vorherrscht, dann muss man von einer deutlichen Ineffizienz sprechen. Dieses Fazit zieht die Handelskammer bezüglich der Sekundarstufe in Luxemburg.

Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, stellte gestern eine Analyse des Kosten-Nutzen-Verhältnisses in der Sekundarstufe vor. Angesichts der besonderen soziokulturellen und vor allem linguistischen Herausforderungen der luxemburgischen Gesellschaft konstatiert die Handelskammer „eine deutliche Ineffizienz“. Obwohl der Staat im Jahr 2011 1,4 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. über 580.000 Euro für die öffentliche Sekundarstufe ausgegeben hat, seien zahlreiche Unzulänglichkeiten vorhanden: eine mangelnde Inklusion ausländischer Schü-

ler (44 Prozent der Schüler im „Enseignement secondaire technique“ (EST) sind Ausländer, wobei nur 20 Prozent der Schüler im „Enseignement secondaire classique“ (ESC) Ausländer sind), eine hohe Durchfallquote (36 Prozent aller Schüler fallen in der Sekundarstufe mindestens einmal durch), eine zu frühe Orientierung der Schüler (mehr als 2/3 aller Schüler sind im EST) sowie ein unbefriedigendes Abschneiden bei PISA-Tests (2012 lag man sowohl in der mathematischen als auch in der naturwissenschaftlichen und in der Lesekompetenz unter dem OECD-Durchschnitt). Um diese Herausforderungen zu stemmen, begrüßt die Handelskammer den Entschluss der Regierung, das Schulgesetz von 1968 endlich zu reformieren und schlägt eine Reihe von Reformen vor.

## „Von Champions League bis Mittelfeld“

Weil mehr als 1/3 aller Sekundarstufe Schüler Ausländer sind, wobei sogar nahezu 50 Prozent der Schüler zu Hause kein Luxemburgisch sprechen, sei eine besse-

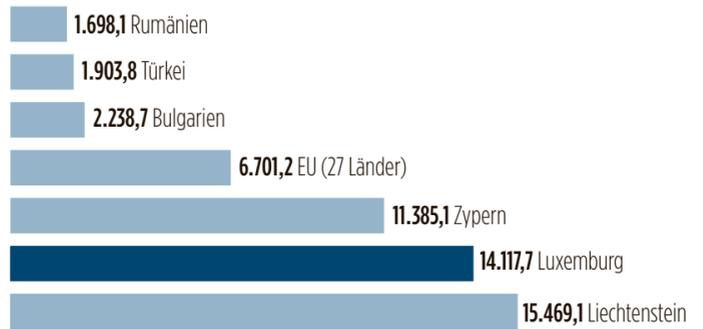


Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer

re Inklusion von ausländischen Schülern unabdingbar. Hierzu sollte die Sprachförderung allerdings überarbeitet werden. So sollten verschiedene Kurse in Deutsch oder Französisch angeboten und eine individualisierte Förderung in Betracht gezogen werden, damit ausländische Schüler im ESC nicht mehr zu einer deutlichen Minderheit gehö-

## Jährliche Kosten pro Schüler 2010

(in €)



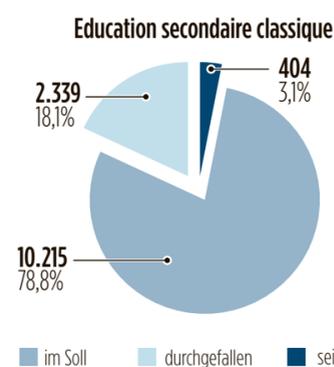
Quelle: Eurostat

Im Jahr 2010 kostete ein Sekundar-Schüler den Staat durchschnittlich 14.117,7 Euro. Damit gibt Luxemburg mehr als doppelt soviel wie der EU-Durchschnitt aus. Dies erklärt sich vor allem durch das Gehalt der Lehrer.

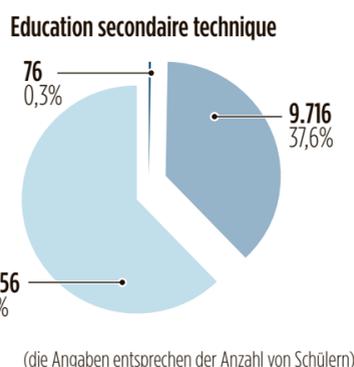
ren und so letztlich die Möglichkeit zu einem sozialen Aufstieg erhalten. Um die hohe Durchfallquote zu bekämpfen, fordert die Handelskammer, die Schüler später zu orientieren. Auch ein Pilotprojekt bezüglich der Einführung einer sogenannten Gesamtschule in der EST und ESC vereint sind, wird in Betracht gezogen. Um für einen besseren Übergang von der Schule hin zum Berufsleben zu sorgen, schlägt die Handelskammer eine engere Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Unternehmen vor.

So soll es unter anderem mehr

Praktika und ein Team Teaching von Lehrern und Unternehmern geben. Auch die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre wird als Denkanstoß gegeben, um Geld zu sparen. Der Direktor der finanziellen Angelegenheiten der Handelskammer, Marc Wagener, spricht resümierend davon, dass man mit den vorgeschlagenen Reformen im Idealfall die Qualität der Sekundarschule verbessern und die Kosten senken kann, damit die Zeiten, in denen „die Ausgaben Champions-League-Niveau haben und die Resultate bestenfalls Mittelmaß sind, ein Ende nehmen“.



## Durchfallquote im Schuljahr 2012-2013



(die Angaben entsprechen der Anzahl von Schülern)

Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

36 Prozent aller Schüler fallen in der Sekundarstufe mindestens einmal durch. Im „Enseignement secondaire technique“ sind es sogar 73 Prozent.

## 39.585 Schüler in der Sekundarstufe

Die öffentliche Sekundarstufe zählte im Schuljahr 2012-2013 39.585 Schüler. Hier-von nutzen 12.958 die „Education secondaire classique“ und 26.627 die „Education secondaire technique“.

14.350 Schüler der Sekundarstufe sind Ausländer. Hiervon zählen 2.587 zum „Enseignement secondaire classique“ und 11.763 zum „Enseignement secondaire technique“.

Konventionen im Kulturbereich

## Ausharren bis Ende des Jahres

Die konventionierten Luxemburger kulturellen Vereinigungen werden sich wohl bis Ende des Jahres gedulden müssen, um zu erfahren, wie es mit der Unterstützung durch den Staat weitergehen wird.

Zum 1. September hatte die neue Kulturministerin Maggy Nagel sämtliche Konventionen zwischen dem Kulturministerium und den kulturellen Vereinigungen aufgekündigt. Diese sollten nun einen Fragebogen ausfüllen und an das Ministerium zurück-schicken. Die gleichen Fragebogen gingen auch an solche Akteure, die direkt über den Staatshaushalt bezuschusst werden, wie etwa die CarréRotondes oder das Casino. Zwar sei deren Konvention nicht gekündigt worden, aber ihr Fragebogen werde dem Kulturministerium dennoch helfen, ihre aktuellen Missionen und ihr kulturelles Angebot für die Öffentlichkeit von Grund auf zu analysieren. Diese Analyse könnte dazu führen, dass es zu Anpassungen bezüglich ihres Statuts, ihrer Mission oder ihrer finanziellen Bezüge komme.

Dies geht aus einer Antwort von Kulturministerin Maggy Nagel auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Claude Adam hervor. Im nächsten Jahr sollen auch

die öffentlichen Einrichtungen und bestimmte kulturelle Organisationen, die hauptsächlich von den Gemeinden finanziert werden (Musikschulen, Theater), in die Analyse einbezogen werden. Will heißen, dass auch sie Fragebogen zur Eigeneinschätzung erhalten werden.

## Weitere Wochen im Unklaren

Für viele kulturellen Vereinigungen, die oft über mehrere Monate, wenn nicht sogar Jahre hinaus planen müssen, ist die derzeitige Periode der Ungewissheit mehr als nur ein Hemmschuh. Sie sei sich dessen voll bewusst, schreibt Maggy Nagel in ihrer Antwort.

Sie werde sich daher bemühen, noch vor Ende des Jahres die früheren und neuen konventionierten Organisationen darüber zu informieren, ob oder ob nicht, sie weiter Geld vom Staat bekommen und ob ihre Aufgaben den Vorstellungen des Kulturministeriums entsprechen.

Für die Betroffenen bedeutet dies weiter nichts, als dass sie noch Wochen über ihre Zukunft im Unklaren gelassen werden. Planungssicherheit jedenfalls ist keine gegeben. SeK

Darstellung der Haushaltsvorlage 2015

## Transparenz kostet



Foto: Isabella Finzi

Die technische und grafische Gestaltung des Web-Auftritts der Haushaltsvorlage kostete 35.030 Euro

35.030 Euro ließ sich die Regierung die grafische Aufarbeitung und Darstellung der Haushaltsvorlage 2015 kosten. Der Auftrag soll zu größerer Transparenz beitragen.

Grafiken, Zahlentabellen, Informationsblätter zum Haushaltsentwurf – so lautete das Lastenheft der Regierung bei der Ausschreibung des Auftrags zur grafischen Aufbereitung des Etatprojekts 2015. 35.030 Euro (ohne Mehrwertsteuer) kostete das Projekt. Das Angebot war zuvor auf 41.040 Euro (ohne Mehrwertsteuer) beziffert worden. Das Rennen bei der engeren Ausschreibung unter vier Kommunikationsagenturen machte die zur

Editpress-Gruppe gehörende Comed. Den Rückgriff auf externe Hilfe begründete Finanzminister Pierre Gramegna (DP) in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Gilles Roth und Diane Aehm (beide CSV) mit dem großen Zeitdruck und der technischen Komplexität bei der Entwicklung des Projekts. Aufgabe der Agentur war ausschließlich die technische und grafische Gestaltung des Web-Auftritts.

Daten, Texte und Mitteilungen wurden vom Finanzministerium geliefert. Das System könne in Zukunft weiterhin genutzt werden, betont er. Es ermögliche den Bürgern, sich schneller mit dem komplexen Thema vertraut zu machen. (Tageblatt.lu)

Feduse/Enseignement

## Sozialdialog in Gefahr

Die Lehrer im Sekundarunterricht, die in der Feduse zusammengeschlossen sind, sind sauer. In seiner Rede zur Lage der Nation hat Premierminister Xavier Bettel angekündigt, dass im Sekundarbereich künftig nur noch jene Stunden bezahlt würden, die auch gehalten werden. Gemeint sind damit die Stunden in den Abschlussklassen während der Examenperiode, die bezahlt werden, obwohl die Schüler im Examen sitzen. Die Feduse ist empört darüber, dass hier der Eindruck erweckt werde, als würden die Lehrer für Unterricht bezahlt, den sie nicht halten würden. Die Lehrer seien jedoch für die Organisation und die Durchführung der Examen zuständig. Die Entschädigungen für diese Arbeit würden den durch die angekündigte Maßnahme entstandenen Verlust nicht ausgleichen.

Die Feduse kritisiert sowohl Form als auch Stil der Regierung. Diese ruft sie dazu auf, endlich wieder den Weg des Sozialdialogs einzuschlagen. Premier- und Unterrichtsminister sollten ihre Vorschläge überdenken, wenn sie den sozialen Frieden im Unterrichtsbereich nicht gefährden wollten. SeK